Nr. 556 Abend-Ausgabe
B 275

Berlin

Donnerstag, 24. November 1927
V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

10 Pfennig

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag: Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff (A 7) 3600—3665 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3688—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus. Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Die freie Stadt im Einheitsstaat

Der Deutsche Städtetag stellt seinen Mann. Der Reichsbankpräsident hat im Städtetagspräsidenten einen Gegner gefunden, der zu parieren versteht. Daß die große Oeffentlichkeit zur Nüchternheit wurde in dieser Auseinandersetzung, die der sorglichsten Abwägung bedarf, ist auf das Vorgehen Dr. Schachts zurückzuführen, der den Drang hat, seine beherrschende Stellung im deutschen Wirtschaftsleben auch nach außen stark hervortreten zu lassen. Daß die Städte das Bedürfnis fühlen, sich gegen die Handlungen und die Reden des Reichsbankpräsidenten zur Wehr zu setzen, kann nicht überraschen. Ihre Organisation ist in der letzten Zeit zu besonderer Schlagfertigkeit entwickelt worden. Schon früher haben führende Persönlichkeiten, wie der spätere Reichskanzler Luther, die Geschäfte des Städtetages im Hauptamt geführt. Aber der eigentliche Aufschwung begann mit der Berufung des Dezernenten für das Gemeindewesen im Preußischen Ministerium des Innern, Ministerialdirektor Mulert, dessen gehobene Stellung schon in der Bezeichnung „Präsident des Deutschen Städtetages" zum Ausdruck kam. Aus Süddeutschland wurde ihm der Vizepräsident Elsaß, ein württembergischer Demokrat, zur Seite gestellt. Schließlich wurde der preußische Landtagsabgeordnete Sieferngel als Leiter der Pressestelle berufen, der als Mitglied der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei und als Publizist über weitreichende Verbindungen verfügt.

Die Städte hatten sich durch Gesetzgebung und Verwaltung vernachlässigt gefühlt und versuchten, durch den Ausbau ihrer Spitzenorganisation das zu ihren Ungunsten gestörte Gleichgewicht wieder herzustellen. Dabei zeigte sich eine Einheitsfront der Kommunalpolitiker von den Deutschnationalen bis hinüber zu den Kommunisten. Die gestärkte Kampfkraft äußerte sich bald in einer Aktivität, die sich nicht mit der Abwehr einzelner Schäden begnügte, sondern immer mehr zur Initiative drängte. Auf der Magdeburger Tagung hat sich die organisierte Gesamtheit der deutschen Städte an die Spitze der Bewegung zum Einheitsstaat gestellt und damit ohne Zweifel nicht nur ideell einen starken Erfolg erzielt. Macht und Machtbewußtsein der Städte sind in überraschendem Maße gestärkt.

Mit diesem starken Faktor des öffentlichen Lebens hat der Reichsbankpräsident angebunden. Und man kann nicht sagen, daß sein Vorstoß so begründet, so überlegt, so nutzbringend erscheint, daß eine Beseitigung der zweifellos vorhandenen Schäden als Ergebnis der Auseinandersetzung zu erwarten wäre. Im Gegenteil: die agitatorische Zuspitzung der Angriffe hat die Position der Städte eher gestärkt und die Bereitschaft vermindert, im eigenen Haus nach dem Rechten zu sehen.

Man muß hoffen, daß trotzdem und trotz des berechtigten Machtgefühls, das die Zusammenfassung der wirtschaftlich rührigsten, geistig beweglichsten Glieder des Reiches notwendig verleiht, der Reformeifer sich nicht nur in Forderungen an andere auslebt. Präsident Mulert bestreitet nicht, daß in der Finanzgebarung einer Reihe von Städten Fehler vorgekommen sind, er macht aber mildernde Umstände geltend, soweit es sich um Vorgänge handelt, die auf das Jahr 1924 zurückgehen, auf die Zeit der Stabilisierung, in der man sich noch nicht zurechtgefunden hatte und glaubte, das Faß der Danaiden habe sich plötzlich in einen unerschöpflichen Brunnen verwandelt. Aber auch in der neueren Zeit fehlt es nicht an Auswüchsen und Ausschreitungen. Erst jetzt wieder hat sich herausgestellt, mit welcher „Großzügigkeit" die Stadt Solingen für den Zusammenschluß des Industriekomplexes der Kleineisen-Industrie „Propaganda" gemacht hat. Nach den bisherigen Feststellungen sind nicht weniger als 200 000 Mark für diesen Zweck ausgegeben worden. Dabei handelt es sich um eine Sache, für die so viele sachliche Gründe sprachen, daß der Uebereifer der beteiligten Stellen völlig unverständlich ist. Daß der Wettbewerb der Städte, der an sich ein gesundes und aufbauendes Element darstellt, auch sonst zu Ausgaben verführt, die durch die Etikettierung als „volksgesundheitsfördernd" nur mühsam gedeckt werden können, ist keine neue Erscheinung, kann aber jetzt noch weniger gebilligt werden, als vor dem Kriege. Mögen die Luxus-Ausgaben auf die Gesamtheit der deutschen Städte berechnet auch noch so minimal erscheinen: in einzelnen Gemeinden, zu denen Berlin übrigens nicht zählt, machen sie doch einen beachtenswerten Betrag aus. Vor allem sind sie psychologisch nicht zu rechtfertigen, weil sie eine starke Angriffsfläche für Verallgemeinerungen bieten.

Den springenden Punkt hat aber der Berliner Oberbürgermeister Böß erfaßt, als er seinen Vorstoß zugunsten eines Abbaues des Groß-Berliner Verwaltungsapparates unternahm. Daß dazu großer Mut gehört, hat die Aufnahme dieses Vorschlages in den betroffenen Kreisen gezeigt. Dabei herrscht eine weitgehende Uebereinstimmung zwischen den politischen Gruppen, die vor der Oeffentlichkeit sonst nicht immer schöne Kriegstänze aufführen. Es wäre wünschenswert, wenn von unten her, aus der Mitte der Bürgerschaft heraus, ein starker Druck einsetzen würde, um dem Führer der Berliner Gemeindeverwaltung freie Hand für seine Reformpläne zu verschaffen. Die Selbstverwaltung muß sich selbst zu zügeln wissen, wenn sie nicht in die Gefahr einer Bürokratisierung verfallen will, die schließlich Selbstzweck wird.

Das Ziel muß sein: die freie Stadt im großdeutschen Einheitsstaat. Die freie Stadt, gegründet auf der hohen Auffassung der ehrenamtlichen Selbstverwaltung, die dem großen Reformator des preußischen Städtewesens vor hundert Jahren vorschwebte.

J. E.

Was Schacht nicht meint

Die Stadt Köln verbreitet folgende Nachricht: „Nach der Bochumer Rede des Reichsbankpräsidenten Schacht hatten einige Zeitungen geschrieben, Schacht habe diese Ausführungen in erster Linie gegen die Stadt Köln gerichtet. Reichsbankpräsident Schacht hat auf Anfrage des Oberbürgermeisters Adenauer diesem mitgeteilt, daß er bei seinen Ausführungen an die Stadt Köln nicht gedacht, sondern die Städte im allgemeinen gemeint habe. Er hat den Oberbürgermeister ermächtigt, von dieser seiner Erklärung öffentlich Gebrauch zu machen."

Dreimal Ehrenmal

Berka, Berlin, Rhein

Das Reichskabinett hat sich gestern mit der Frage der Errichtung eines Reichsehrenmals für die im Weltkriege Gefallenen beschäftigt. Drei Projekte sind während der letzten Monate vertreten worden; das eine wünscht die Aufstellung des Reichsehrenmals am Rhein bei Ehrenbreitstein, das andere propagierte ein Ehrenmal bei Berka, das dritte Projekt ging dahin, daß das Ehrenmal in der Reichshauptstadt errichtet werde. Das Reichskabinett hat sich nicht etwa für einen von diesen drei Vorschlägen oder gegen alle entschieden, sondern will allen Wünschen Rechnung tragen. Das eigentliche Reichsehrenmal soll bei Berka erbaut werden. Gleichzeitig aber soll die Schinkelsche Wache in Berlin zu einer Ehrenhalle umgestaltet werden. Auf ein Denkmal am Rhein soll vorläufig verzichtet, der Gedanke aber wieder aufgenommen werden, sobald das Rheinland frei von fremden Besatzungstruppen ist. Die Entscheidung des Reichskabinetts ist allerdings noch nicht endgültig. Im Reichstage wurde behauptet, daß das Kabinett vor einem definitiven Entschluß noch mit den Führern der Parteien Rücksprache nehmen wolle.

Dr. Hermes soll verhandeln

Der Vertrauensmann der Rechten

Zum Vorsitzenden der deutschen Delegation, die jetzt — nach den zwischen Dr. Stresemann und Dr. v. Jackowsky getroffenen grundsätzlichen Vereinbarungen —, die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen führen soll, ist vom Reichskabinett der Reichsminister a. D. Dr. Hermes bestimmt worden. Dr. Hermes hat sich seine Entscheidung bis heute abend noch vorbehalten.

Wenn wir richtig unterrichtet sind, ist die Ernennung Dr. Hermes' im Kabinett nicht ohne Widerspruch erfolgt. Es waren ursprünglich zwei andere Kandidaten in Aussicht genommen, der Ministerialdirektor Dr. Ernst vom Reichsfinanzministerium und ein früherer Staatssekretär des Reichsernährungsministeriums. Da man sich auf keinen der beiden Kandidaten einigen konnte, hat man den Vorschlag angenommen, Dr. Hermes mit der Führung der Verhandlungen zu betrauen. Seit etwa einem Jahr werden von einer Gruppe des Zentrums immer wieder Versuche unternommen, den früheren Reichsfinanzminister Dr. Hermes wieder in eine aktive politische Tätigkeit zu bugsieren. Auf der Weltwirtschaftskonferenz im Mai war Dr. Hermes bereits einer der Vertreter Deutschlands. Jetzt sollen ihm die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen anvertraut werden, und für die kommenden Reichstagswahlen bereitet man eine Kandidatur Hermes vor. Diese Bemühungen, Dr. Hermes wieder eine politische Rolle spielen zu lassen, müssen verwundern, wenn man sich daran erinnert, wie gründlich das Zentrum ihn nach dem Rücktritt des Kabinetts Cuno es hat fallen lassen, weil er während des Ruhrkampfes als Reichsfinanzminister absolute Passivität geübt und nicht den leisesten Versuch unternommen hat, durch finanzielle und steuerliche Maßnahmen den Sturz der Mark ins Bodenlose zu verhindern oder wenigstens aufzuhalten. Selten hat die Zentrumspartei einem ihrer prominenten Mitglieder so deutlich den Laufpaß gegeben, wie Dr. Hermes. Die Bemühungen einer Zentrumsgruppe, Dr. Hermes wieder in den Vordergrund zu bringen, werden stark unterstützt von den Deutschnationalen, die in Dr. Hermes einen entschiedenen Vertreter des Rechtsblocks-Gedankens sehen. Seit 1924 gehört Dr. Hermes nicht mehr dem Reichstag, sondern nur noch dem preußischen Landtage an. Auch dort hat er 1924 und 1925 sehr energisch im Sinne einer Rechtskoalition in Preußen gewirkt. Wenn die Deutschnationalen Dr. Hermes als Führer der deutschen Delegation für die Verhandlungen mit Polen wünschten, dann erwarten sie von ihm, der eine Zeitlang auch Ernährungsminister gewesen ist, nicht nur eine Förderung agrarischer Wünsche. Sie wollen ihm im Zentrum und vor allem in dessen Reichstagsfraktion wieder zu Einfluß gelangen lassen, damit er im Sinne einer Fortsetzung der gegenwärtigen Rechtskoalition über die Neuwahlen hinaus wirke.

Jonel Bratianu gestorben

Rumäniens Diktator

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

ca. Bukarest, 24. November

Heute morgen ist Ministerpräsident Jonel Bratianu im Alter von 63 Jahren an den Folgen einer Halsoperation gestorben. Vor wenigen Tagen erkrankte der Ministerpräsident an einer schweren infektiösen Halsentzündung, die gestern abend eine Operation notwendig machte. Die Infektion war jedoch bereits soweit vorgeschritten, daß auch eine im Laufe der Nacht vorgenommene zweite Operation das Leben des Patienten nicht retten konnte. Die Regierung reichte sofort nach der Bekanntgabe des Todes des Ministerpräsidenten ihre Demission ein. Der Regentschaftsrat beauftragte den Bruder des Verstorbenen, Finanzminister Vintila Bratianu, mit der Neubildung des Kabinetts, das unmittelbar darauf aus den bisherigen Kabinettsmitgliedern gebildet wurde. Kammer und Senat wurden für heute nachmittag einberufen.

*

Der plötzliche Tod des rumänischen Diktators — denn trotz Regentschaftsrat und formellem Parlamentarismus war Jonel Bratianu seit dem Tode König Ferdinands ein Diktator — kommt so überraschend und wird mit Sicherheit so schwerwiegende politische Folgen für Rumänien nach sich ziehen, daß es fast schwer fällt, den amtlichen Mitteilungen Glauben zu schenken, daß eine infektiöse Angina den Rüstigen dahingerafft habe. Die schwere Einbuße, die seine Stellung in der letzten Zeit besonders durch den Freispruch des Carol-Sendboten Manoilescu erlitten hatte, waren nicht schwer genug, um die fest hinter ihrem wohl einzigen wirklichen Führer stehende liberale Partei von der Notwendigkeit einer Systemänderung in Rumänien zu überzeugen. Die Machtmittel des Diktators waren ungebrochen und die Opposition dürfte trotz ihrer unbestreitbaren Erfolge nicht hoffen, daß Bratianu freiwillig das Feld räumen werde; denn dieser Jonel Bratianu war ein Mann, der zuviel wechselvolle Schicksale durchgemacht hatte, um sich einschüchtern zu lassen.

Er war der rumänische Ministerpräsident, der den Eintritt Rumäniens in die Front der Alliierten durchsetzte. Er war der leitende Politiker, der fast zwei Jahre lang vom Exil in Jassy aus die Okkupation des größten Teiles seines Vaterlandes dulden mußte; und er war derjenige, gegen den nach dem Bukarester Frieden die Anklage sein Land verfassungswidrig in einen unglücklichen Krieg getrieben zu haben, gerichtet wurde. Der Zusammenbruch der Mittelmächte machte aus dem Staatsangeklagten den „Sieger".

Sein Tod hat ihn davor bewahrt, die Rolle des siegreichen Diktators, der sein Land durch den